

## Vorlage Nr. 132/06

Betreff: **Resolution der SPD-Fraktion zur geplanten Kürzung der Personalkostenzuschüsse für Frauenhäuser in NRW**

Status: **öffentlich**

### Beratungsfolge

<b>Rat der Stadt Rheine</b>					<b>Berichterstattung: Herrn Thum</b>			
TOP	Abstimmungsergebnis					z.K.	vertagt	Verwiesen an:
	Einst.	Mehr.	ja	nein	Enth.			

### Betroffene Produkte

### Finanzielle Auswirkungen

Ja       Nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Finanzierung		Jährliche Folgekosten	Ergänzende Darstellung (Kosten, Folgekosten, Finanzierung, haushaltsmäßige Abwicklung, Risiken, über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellung sowie Deckungsvorschläge) siehe Ziffer                      der Begründung
	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/Beiträge)	Eigenanteil		
€	€	€	<input type="checkbox"/> keine  €	

Die für die o. g. Maßnahme erforderlichen Haushaltsmittel stehen

- beim Produkt/Projekt                      in Höhe von                      € **zur Verfügung.**
- in Höhe von                      **nicht** zur Verfügung.

### mittelstandsrelevante Vorschrift

Ja       Nein

**Begründung:**

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag auf Verabschiedung der als Anlage beigefügten Resolution.

Am 09. Febr. 2006 wurde vom „Runden Tisch – Häusliche Gewalt“, dessen Schirmherr der Landrat des Kreises Steinfurt ist, bei der Bewertung der Defizitanalyse in Hinblick auf häusliche Gewalt die Infrastruktur im Kreis Steinfurt – als zweitgrößtem Flächenkreis im landesweiten Vergleich – als unzureichend bezeichnet.

Das Frauenhaus in Rheine ist die einzige Einrichtung dieser Art im Kreisgebiet und hat einen Einzugsbereich von 450.000 Einwohnerinnen und Einwohner – ansonsten ist im Einzugsbereich von 300.000 Menschen ein Frauenhaus vorgesehen.

Deutlich gemacht werden muss auch, dass es im Kreisgebiet keine weiteren Einrichtungen gibt, die sich misshandelter Frauen und deren Kinder annimmt.